



Dornbirn, am 29. November 2012

Heute um 16.30 Uhr finden in Bregenz die Verhandlungen zur Gehaltsanpassung 2013 statt

Die Bundesregierung hat ihren Bediensteten für das Jahr 2013 eine Minuslohnrunde verordnet. Die Bundesbediensteten werden also im nächsten Jahr weniger verdienen. Die Inflationsrate wird ihnen nicht abgegolten und ihre Gehälter werden dadurch um ca. einen halben Monatsverdienst weniger wert sein als dieses Jahr. Das ist ungerecht !

Es ist Zeit für Menschlichkeit

Die Gemeindebediensteten leisten täglich, oft rund um die Uhr, an 365 Tagen im Jahr, hervorragende Arbeit für die Vorarlberger Bevölkerung. Zu über 70 Prozent an jenen Tageszeiten, an denen der Rest der Bevölkerung frei hat.

Solange nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die weltweite Finanzkrise bezahlen müssen, gibt es von der Vorarlberger Gewerkschaft der Gemeindebediensteten keine Zustimmung zu drohenden Griffen in die Geldbörsen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Arbeit der über 5.500 Gemeindebediensteten hat einen Wert und einen Preis, der bezahlt werden muss.

Die finanzielle Lage der Gemeinden hat sich massiv verbessert, denn die Einnahmen der Gemeinden sind mehr als deutlich gestiegen. Auch wegen stark gestiegenen Einnahmen aus der Lohnsteuer.

Die Vorarlberger Gemeindebediensteten sind nicht bereit sich noch mehr Geld aus der Tasche ziehen zu lassen.

Ein Reallohnverlust ist ungerecht

Ein Reallohnverlust für die Gemeindebediensteten und ihre Familien ist sachlich nicht begründbar und wäre schlicht und einfach ungerecht.



Wolfgang Stoppel
Landesvorsitzender